

Ausschuß für Wissenschaft
und Forschung
5. Sitzung

05.12.1985
the-er

Beratung als eine erste Befassung mit diesem Themenkomplex an, der den Ausschuß sicherlich auch künftig noch weiter beschäftigen werde. Sie erinnert daran, daß auch in der Regierungserklärung die Absicht der Landesregierung artikuliert worden sei, die Möglichkeiten der Frauen in Forschung und Lehre zu verbessern.

Unter der Studentenschaft sei in den letzten Jahrzehnten eine Zunahme des Frauenanteils festzustellen, was sich allerdings in der Repräsentation der Frauen im Mittelbau und bei den Professoren nicht widerspiegeln: Während der Frauenanteil bei den Studenten rund 40 % ausmache, liege er bei der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter bei etwa 15 % und bei den Professoren im Jahre 1984 nur bei 5,5 % - und das, obwohl der Anteil der Frauen an Promotionen und Habilitationen in den letzten Jahren ständig zugenommen habe.

In den einzelnen Fachbereichen seien Frauen sehr unterschiedlich vertreten: Einer relativ starken Repräsentanz von Frauen in den geisteswissenschaftlichen Bereichen stehe ein geringerer Frauenanteil in den naturwissenschaftlich-technischen Bereichen gegenüber, auch wenn dieser Anteil in den letzten Jahren gestiegen sei.

Probleme ergäben sich auch dadurch, daß sich die Beschäftigungsmöglichkeiten der Frauen in den Hochschulen gerade auf den Feldern, auf denen sie traditionell ausgebildet würden, in den letzten Jahren verschlechtert hätten. Trotz einer inzwischen sehr viel besseren akademischen Qualifikation von Frauen seien also ihre Beschäftigungschancen sehr viel schlechter. Es sei zu beklagen, daß eine große Zahl qualifizierter ausgebildeter Frauen unter erheblichen Existenzproblemen zu leiden habe, was auf die entsprechende Diskussion in den Hochschulen zurückschlage.

Darüber hinaus habe sie in ihrer Rede in Bad Meinberg darauf hingewiesen, daß das Frauenförderungskonzept der Landesregierung im Hochschulbereich umzusetzen sei und daß der Landtag im März 1985 einen Beschluß gefaßt habe, in dem unter anderem die Bestellung von Frauenbeauftragten an den Hochschulen gefordert werde.

Sie habe inzwischen das Gespräch mit den Hochschulen begonnen, weil die Umsetzung dieser Frage auch in Kooperation mit den Hochschulen erfolgen müsse. In der Dienstbesprechung der Kanzler und Rektoren der wissenschaftlichen Hochschulen am 16. Oktober dieses Jahres habe sie das Manuskript ihrer Rede in Bad Meinberg und das Frauenförderungskonzept der Landesregierung ebenfalls zur Verfügung gestellt und darum gebeten, etwaige Vorschläge dazu in den Hochschulen zu diskutieren. In einer der nächsten Dienstbesprechungen solle über konkrete Formen und Fragen der Umsetzung gesprochen werden.